

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
27 (1913)**

206 (3.9.1913)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-581049](#)

Vorddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Nebaktion und Haupt-Ergänzung Blätterungen, Petersstraße Nr. 20/22, Fernsprech-Amtshaus Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Samm- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Verlagsbuchhandlung für einen Monat einschließlich Umliegezeiten 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierzehntäglich 2,25 M., für zwei Monate 1,80 M., monatlich 75 Pf. einschließlich Umliegezeiten.

■■■■ Mit Unterhaltungs-Beilage ■■■■■ und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inseraten wird die fachgesetzliche Petetelle oder deren Raum für die Inseraten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie der Filialen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inseraten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platizierung unverbindlich. Reklamezeile 50 Pf.

27. Jahrgang.

Rüstringen, Mittwoch den 5. September 1915.

Nr. 206.

Vom Tage.

In Berlin wird ein großes kapitalistisches Zeitungsunternehmen mit staatlicher Unterstützung geplant, das den Zweck haben soll, der „Verleumdung“ und „Heraushebung“ Deutschlands im Ausland zu begegnen.

Die Stadt Rankling ist gestern von den Regierungstruppen genommen worden.

In Heilbronn ist der Stadtpfleger Bürger nach Unterschlagungen in Höhe von 200 000 Mark flüchtig geworden.

In Mannheim ermordete eine Mutter ihre zwei Kinder und darauf sich selbst.

In einem Schweizer Hotel wurden einer Amerikanerin Schmuckstücken im Werte von 150 000 Franks gestohlen.

Gebärstreiks-, Quacksalbereien“.

Wie wir gestern meldeten, hat die berühmte Berliner Gebärstreikforschung am Freitag dortliegend ihre Fortsetzung gefunden. Wieder sprach man dafür und dagegen. Anstelle des Genossen Moles vertrat hier Alfred Bernstein den Standpunkt des menschenfreudlichen Artes und des fürsichtigen Politikers. Nur doch Genosse Bernstein schafft nicht so sehr mit jener billigen Spekulation auf die persönliche Rot der Frauen und Männer zu verdienen wie, als neulich Genosse Dr. Moles. Ein übrigens aber scheint, noch dem Vertrag des „Vorwärts“ zu urteilen, die Diskussion zeitweilig auf jener minderen Höhe gestanden zu haben, wie der sonderbare Vorhalt überhaupt. Wir würden uns auch an dieser Stelle nicht mit dem Thema beschäftigen, wenn nicht eine Anzahl Parteiblätter die Rette durch Vermittlung einer Korrespondenz ausführlich wiedergebracht.

Genosse Dr. Bernstein zitierte in seiner Rede die Neuhering des Düsseldorfer Regierungsrats Vorsträger, der die Frauen, die sich die Kinderberührung angelegen sein lassen, als Tyrannen bezeichnet. Eine solche Neuhering ist natürlich nicht ernst zu nehmen und sie verrät höchstens die frohe Unkenntnis der sozialen Rot, die das Domänenleben gar vieler Arbeiterschichten beherrscht. Zum anderen ist aber gesellschaftsgerichtet der Vorgang der Gebärtenberührung durchaus nicht neu. Wir sehen den wilden Widerstand oft, daß sie diese Radikalen entweder töten oder ausschlagen. Und zwar spricht hier häufig das Geschlecht der Neugeborenen mit. Sind mit den Mädchen bessere Geisteskräfte zu machen, so tötet man einzelne Kunden, braucht man starke Arbeitskräfte oder Krieger, so wird man das neugeborene Mädchen schnell aufstellen. Dazu kommt, daß fränkische oder verstreute Kinder auch in zivilisierten Ländern sehr häufig der Ansicht, das Verhören oder der Tötung seines Elterns ausgestellt sind. Bekannt ist auch, daß im Mittelalter die Adligen mit ihren legitimen Frauen verhältnismäßig wenig Kinder zeugten, dafür aber die Magde, wie die Töchter und Frauen des Dorfbewohners sehr umfangreich mit ihrem fast immer erwangenen Verhältnis beobachtet. Und ist es dann heute in dieser Hinsicht viel anders? Gewiß, das beruhigende Recht der ersten Racht existiert nicht mehr. Aber die wirtschaftliche Rot bringt nun große Scharen von Frauen und Männern der unteren Schichten, die gegen Entmündigung dem begüterten Manne zu profitieren.

Berner verweisen wir auf Frankreich. Dort hat man das vielleicht zweitälteste seit langem und besonders die Gebärstürme gehabt, dabei mit gutem Beispiel voran, und auch in Deutschland sind es jetzt jene Kreise, denen der Herr Regierungsrat angehört, die in der Kinderberührung Ideen längst das tun, was von einzelnen unserer Genossen prophezeit wird. Warum? Weil einmal die Frauen der Gebärden sich vor den Unannehmlichkeiten des Gebärens scheuen und weil zum anderen auch die begüterten Kreise darauf Bedacht legen, daß bei der Teilung das Vermögen in nicht allzu viele kleinere Teile fällt. Was bei der Arbeiterschwäche ihrer Grund ist, hat bei den angeblichen Patrioten und Moralisten ihren Grund in der Benevolentie. Aber die Arbeiterschwäche hat nicht die Gelegenheit und aus Unkenntnis auch nicht die Mittel, zur Vorbeugung der Empfängnis führen können. Und es stimmt schon, was die Genossin Zettler am Freitag in Berlin sagte: Der Schwangerschaft und der jenseitigen Verfehl sind eben das einzige, was die bürgerliche Gesellschaft den Arbeitern noch gelassen hat. Darin mögen sie sich dann zum Vorwurf des Kapitalismus noch Vergnügen tummeln. Ebenso stimmt es, wenn Genosse Alfred Bernstein sagt,

dah die Sterblichkeit bei den ärmeren Klassen bzw. in den umfangreichen elenden Gegendern enorm größer ist, als in den besseren Vierteln. Beträgt doch die Sterblichkeitsziffer im Berliner Tiergartenviertel nur 9 Proz. in der Wedding-Gegend indes 43 Prozent. Während der Durchschnitt in Berlin 20 Prozent ausmacht.

Bei alledem aber bleibt die Verstärkung der Kinderziffern eine höchst eindrückliche, fern von politischen Gedanken sich bewegende Sache. Doch man mit der Einschränkung verschafft dem Altersaufschluß die militärischen Kampferfolgen indes 43 Prozent. Während der Durchschnitt in Berlin 20 Prozent ausmacht.

Würde man flugs den Gebärstreik propagieren — er würde sich als wirkungslos erweisen, aber die Sorge um tägliche Brot bringt die Arbeiterfamilien, Vorbeugungsmittel gegen die geschlechtliche Empfängnis und somit gegen allzu viele künftige Mütter anzuwenden, und da gegen kann man nicht nur nichts einwenden, sondern man muß den Worten des berühmten Heidelberg'schen Professors Egerer zusimmen, der da sagt, daß niemand mehr Kinder darf zu ziehen zur Ehe mit, als er ernähren könnte. Wie wissen wohl, daß gerade diejenigen Familien, in denen der übereckstehende Kinderzettel zu einer wirtschaftlichen Verlumpung geführt hat, auch der Werbefaktor der Sozialdemokratie am fernsten stehen. Doch alldem aber find Verluste, die darauf hinzuweisen, den Gebärstreik als politisches Kampfmittel den Frauen zur Ehe zu machen, nur als „Quacksalbereien“ zu werten. Denn vor dem Ehebund die Politik darf zu machen, ganz abgesehen davon, daß niemand sich um einen solchen Gedanken — Genosse Dr. Moles wollte die Sache von den Parteiangriffen — kümmern würde. Um überhaupt scheinen sich die Autoren im Streit von der Einfach der Mützen in die politische Notwendigkeit des Gebärstreiks als Kampfmittel nicht allzu viel zu versprechen, da sie sonst nicht in erster Linie die soziale Rot ins Feld führen würden. Denn, wenn man eine solche Grunde aus politischen Motiven herstellt, für nötig hält und nur politische Zwecke damit erreichen will, dann spielt das wirtschaftliche Glückschein in der Familie gar nicht mit. In solchen Fällen müßte bei jedem guten Genossen der Gebärstreik auch dann keinen Einzug halten, wenn selbst die wirtschaftlichen Verhältnisse jolches nicht für geboten hielten.

Wir sehen also, was wir bis jetzt in der Diskussion noch vernommen haben, daß es sich hier um zweierlei handelt: einmal um die Verstärkung der Kinderziffern infolge familiärer Rot und zum anderen um dieselbe aus politischen Gründen. Das erste ist zu verstehen, das zweite scheint uns Wumpus. Die genannten Genossen aber werden beiden in einem Topf, um so die Unklarheit von vornherein möglichst groß zu machen.

Politische Rundschau.

Rüstringen, 2. September.

„Zeitung der Zeitungen“. Der „Vorwärts“ teilt einen Brief mit, den verschiedene, wohl in erster Linie national-liberale Parlamentarier an das Auswärtige Amt des Reiches gerichtet haben und in dem die Unterstützung des Auswärtigen Amtes für ein neues großkapitalistisches Zeitungsunternehmen erbeten wird. Das Unternehmen ist seit Jahren vorbereitet und soll nun bald verwirklicht werden.

Es handelt sich um ein großes tägliches Blatt, das unter dem Titel: „Zeitung der Zeitungen. Tägliche Weltübersicht der internationalen Politik, Kultur und Wirtschaft“ erscheinen soll. Bereits haben eine große Reihe von Banken, Reedereien, Werken, Kolonialgesellschaften, Fabriken, Export- und Importfirmen usw. daneben, aber auch verschiedene Handelskammern und Ministerien, Abonnements und Geldunterstützungen angefragt. So doch nach vorläufiger Schätzung der voraussichtliche Abonnementsbetrag mit den Nebeneinnahmen doch allein schon die bedeutenden Herstellungskosten des Blattes decken wird. Der Abonnementspreis beträgt, da nur auf großkapitalistische Kreise und Behörden als Leser speziell wird, 300 Mark pro Jahr.

Für die Vorbereitungsarbeiten hat eine Anzahl großer Firmen bereits durch sogenannte Sitzungen & fond poudre über 40 000 Mark ausgebracht. Hauptgeber sind die großen Banken (Deutsche Bank, Dresden'sche Bank, Disconto-Bank, Mitteldeutsche Bank, A. Schoffsbanken, Deutsche Bank, Rheinische Creditbank, A. Schoffsbanken), Berliner Handelsgesellschaft, Bremen'sche Aktienbank, die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft „Europa“, die Börmann-Linie, die Kosmos-Linie, die Deutsch-Australische Dampfschiffsgesellschaft usw.), dann

einige Werke (vornehmlich der Vulkan und die Firma Blohm u. Voss in Hamburg). Auch die Waffenindustrie, vereinte Adels-Rottweiler Wulversfabriken, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Waffenfabrik Mauser, Lübecker Eisen- u. Co. usw.) und eine Reihe mehr oder minder für den Export tätiger Fabriken sowie verschiedenen Export- und Importfirmen haben beigegetragen. Selbst das Auswärtige Amt bat für den Anfang 1000 M. hergegeben.

Das neue Organ soll hauptsächlich Berichte über die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftliche Lage Deutschlands, der ausländischen Staaten und der Kolonien bieten. Außerdem soll eine Korrespondenz für auswärtige Zeitungen unter dem Titel: „Europäische Briefe“ erscheinen, zunächst zweimal im Monat, später wöchentlich, und zwar soll diese Korrespondenz den auswärtigen Blättern in deren Landeskirche gescflosen werden.

Als Zweck dieser „Europäischen Briefe“ wird genannt, erkennbar die Auslandsmarkte über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu unterrichten, zweitens der „Vorwärts“ und „Heraushebung“ Deutschlands entgegenzuwirken. Bislang bezog das Ausland vornehmlich seine Nachrichten über die Regierungspolitik und die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands teils aus den großen englischen und französischen Zeitungen, teils aus deutschen oppositionellen Blättern, wie zum Beispiel dem „Vorwärts“, dem „Kämpfenden Zeitung“, dem „Berliner Tageblatt“ usw. Dadurch wurde, wie die Männer des neuen Blattes behaupten, „die deutsche Politik im Auslande herabgemüdigt“. Dem soll dadurch entgegengearbeitet werden, daß die „Europäischen Briefe“ die offizielle deutsche Politik dem Verständnis der kapitalistischen Sichtlinie des Auslandes näher bringen.

Die Rächer des Unternehmens, darunter Voßermann und Stresemann, erwiesen nun das Auswärtige Amt, jährl. jährliches Budget für die neue Zeitung bereitzustellen und die deutschen Vertreter im Auslande (Botschafter, Konsuln usw.) zum Abonnement auf die Zeitung zu bestimmen.

Wir sind der Aufficht, daß das Auswärtige Amt seinesfalls berechtigt ist, für ein privates Zeitungsunternehmen, über dessen Wesen und zukünftige Gestaltung noch keine Absicht besteht, Reichsgelder zu verwenden. Gegen ein Unternehmen, das sachlich die Förderung deutscher Handelsinteressen dient, wäre gewiß nichts einzubringen. Die Gründer der „Zeitung der Zeitungen“ sind aber die bekannten Matathias einer imperialistischen Macht- und Geschäftspolitik und es besteht der Verdacht, daß das neue Unternehmen in den Dienst einer für das deutsche Volk gefährlichen Eroberungspolitik gestellt werden wird.

Von der preußischen Geschäftsbüro. Die vom Preußischen Abgeordnetenhaus noch unerledigt gelassene Novelle zum Einkommenssteuer Gesetz, die eine stärkere Heranziehung der Steuerpflichtigen und die Bewilligung der provisorisch bewilligten Steuerzuschläge bezeichnet, wird, wie verlautet, dem Landtag nicht wieder zugestellt.

Auf dem Wege zum Blatt der Rechten. Während das Groß der nationalliberalen Presse sich zu der Leipziger Kartellgründung — Kartellverbund der Industrien, Bund der Landstände, Wirtschaftsverbund — ablehnend verbüttet, bereitet ihr der nationalliberalen Landtagsabgeordnete Böckmann in der „Nationalliberalen Reichskorrespondenz“ einen geradzu begeisterten Empfang. Lüdenscher Konsort, Herr im Hause Ständekunst, Streitkostenverbot, das alles ist Böckmannsfil für seine nationalliberalen Löwen. Ganz entzückt scheint er:

Gegen diese Zeitsäge ist vom nationalliberalen Kartellgründung aus nichts eingunstig. Sie entsprechen vielmehr durchaus dem Programm und dem Willen der nationalliberalen Partei.

Das Zusammensein von Industrie, Landwirtschaft und gewerblichen Mittelstand und dem notwendigen Ausgleich ihrer einander abweichenden Einkommensinteressen ist die politische nationalliberalen Arbeit mehr denn die einer anderen Partei immer gereimt gewesen.

Wir haben keinen Aufschluß, davon zu zweifeln, daß diese Aufführung von der Bedeutung unseres Arbeitgeberstandes und von der Notwendigkeit der Wahrung seiner Autorität auch heute noch von der gesamten nationalliberalen Partei geteilt wird.

So sehen wir eine in allen Einzelheiten bestehende Über-einstimmung der vom Mittelstande angenommenen Praktiken mit den parteilichen Anschauungen der nationalliberalen Partei.

Es ist aufgefallen, daß die wirtschaftspolitische Kartellgründung in Leipzig mit dem Bestreben der Konzerne und der „Nordwesten“ nach Schaffung eines Blatts der Rechten, der auch den rechten Flügel der Nationalliberalen umfaßt, parallel geht. Durch den begeisterten Anlauf der All liberalen an das Kartell wird der Zusammenhang noch deutlicher.

